

# Infobrief

Eisenstadt 25.01.2021

## Betreff: Zusammenfassung - virtuelle Burgenlandtour; Finanzielle Situation in den Gemeinden/Einführung Besoldungsreform

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Wir bedanken uns bei euch sehr herzlich für die konstruktiven Gespräche im Rahmen unserer virtuellen Burgenlandtour, bei der wir **im Jänner in 7 Bezirksvideokonferenzen mit rund 170 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter**, vor allem die Schwerpunktthemen „finanzielle Situation in den Gemeinden“ und „die Besoldungsreform“, diskutieren konnten.

Aufgrund unserer Besprechungsergebnisse dürfen wir unsere einhelligen GVV Positionen (wie auch im „Gemeindegewaltspaket“ lt. einstimmigen GVV-Vorstandsbeschluss v. 7.12.2020 gefordert) zusammenfassen:

### Finanzielle Ausgangssituation

- Gemeindehaushalte waren bis 2020 (bis Corona) solide und auch **im Bundesländervergleich relativ gut finanziert**;
- Ursachen für die positiven Werte liegen auch in der für die Gemeinden günstigen Transferpolitik des Landes begründet (**Finanzierungsschlüssel für gemeinschaftliche Aufgaben 72 % Land/28 % Gemeinden = bundesweit bestes Verhältnis**);
- Die gemeindeweise Kostenverteilung (der durschn. 28 %) ist im Bundesvergleich **im Burgenland am stärksten von der jeweiligen Finanzkraft** (Steuerkraftkopfquote) der Gemeinde abhängig (Diff. höchst/niedrigst = 430 Euro/EW).
- Bundesertragsanteileinnahmen sind für bgld. Gemeinden mit **durchschnittl. 827 Euro/EW (Jahr 2019) bundesweit noch immer am geringsten**;

### Gefordertes Gemeindegewaltspaket/Temporärer Finanzbedarf

- Aufgrund des **Corona-Ertragsanteilsabsturzes hat der Bund im Verursacherprinzip den Liquiditätsnotstand der Gemeinden mit einer 100 % Abgeltung** der Einnahmehinrückfälle auszugleichen (aktueller Stand im Bgld: 73 Mio. Euro, 250 Euro/EW). **Es gilt weiter gemeinsam für dieses Ziel politisch einzutreten!**
- Bund hat alleinige Steuerhoheit und muss **mit „frischem Geld“ und ein sozial verträgliches Gegenfinanzierungsmodell** (effektive Erbschafts- und Vermögensteuern, angemessene Finanztransaktionssteuer, wirksame Digitalsteuer) die Sondermittel bereitstellen;
- Das vom Bund zugesagte **Gemeindepaket I (KIG2020) und Gemeindepaket II** sind bei weitem nicht ausreichend.
- Das aktuelle Paket II hilft zumindest kurzfristig für die **Liquiditätsverbesserung mit Bundeskrediten, die aber von den Gemeinden im Ausmaß von rund 2/3 zurückbezahlt** werden müssen.

Corona-Finanzausfall/Abgeltung							
in Mio €							
Jahr	Covid-Kosten/Gemeinden (Prognose BMF)	SPÖ/GVV Forderung: 100 % Abgeltung mit frischem Geld	EA+Kom.-Steuer-Rückgang	bereits verbrauchter EA-Vorschuss	kreditierte Bundesgelder (Gemeinderückzahlung)		frisches Bundesfördergeld tatsächlich
2020	38	38		3,6	31	Paket I - KIG2020: 50% Kofinanzierung von Gemeinden (größtenteils nur mit Krediten möglich); EA-Vorschussausgleich im 1. Quartal 2021;	
2021	35	35			25,7	EA-Sondervorschuss: Rückzahlung ab 2023	6,7
	73	73	250 €/EW	3,6	56,7	206 €/EW	10,4
							17,1
							59 €/EW
EA = Ertragsanteile rote Schrift = Gemeindepaket II							
Die Summe, für das von der Bundesregierung falsch dargestellte Gemeindepaket II für bgld. Gemeinden, beträgt zwar 46,4 Mio Euro, <b>lediglich 17,1 Mio € "frisches Geld"</b> werden aber wirklich ausbezahlt.							

## Gefordertes Gemeindegewissungspaket/Struktureller Finanzbedarf

- Es bedarf aus der Sicht von uns GemeindevertreterInnen teilweise **weitreichender Strukturveränderungen und Reformprozesse. Wir brauchen jedenfalls auch einen Bürokratieabbau** und effiziente Verwaltungsstrukturen.
- Unterstützung für die Verhandlungen mit der Burgenländischen Landesregierung im Rahmen des **Gemeindegewissungspaketes mit einer Aufgaben- und Ausgabenentlastung (und mit auch künftiger Beteiligung und Mitsprache der Gemeinden)**, um den finanziellen Spielraum für die Kommunen strukturell zu sichern.
- **Fortsetzung der Einführung der „sozialpolitischen Leuchtturmprojekte“** (Gratiskindergarten, Masterplan Pflege und Mindestlohn) - wie bereits im GVV Vorstand im August 2019 einstimmig beschlossen.
- Die Gesamtkosten bei einem flächendeckenden Endausbau dieser gemeinsamen Ziele werden **mit jährlich rund 30 Mio. Euro** berechnet.
- Jene Gemeinden, die im Jahr 2021 (per Gemeinderatsbeschluss) ins **neue Besoldungsschema gemäß Gemeindegewissungsgesetz wechseln, sollten durch das Land finanziell nachhaltig zu unterstützen** werden.
- **Weitere Synergieeffekte in Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden sind herauszufiltern**, um die Gemeinden finanziell spürbar zu entlasten und sie zukunftsfit zu machen. Somit sollte auch der Finanzbedarf für die - vom GVV unterstützten - sozialpolitischen Leuchtturmprojekte sichergestellt werden. Die vom GVV am 2.2.2020 konkret eingebrachten 17 Reformvorschläge im „Zukunftsstrategie für Gemeinden 2025“ können dazu einen Beitrag leisten.

## Einführung der Besoldungsreform in den Gemeinden

- Alle teilnehmenden Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sehen (auch mit der Unterstützungsaussicht des Landes) die **Einführung der Besoldungsreform in den Gemeinden positiv** und wollen in den Gemeinderäten entsprechende Initiativen ergreifen.
- Die SP-Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter **wollen einhellig die Besoldungsreform** so schnell wie möglich in den Gemeinderäten beschließen.
- Der GVV wird die Gemeindevertretungen in den SP-Mehrheits- und Minderheitsgemeinden bestmöglich unterstützen, damit **bis spätestens Ende 2021 eine möglichst flächendeckende Einführung der Besoldungsreform** erfolgen kann.

## Allfälliges

- **Das Corona-Krisenmanagement des Landes soll von den Gemeinden weiterhin aktiv unterstützt werden.** Die Einbindung der Gemeinden für eine optimale Information und Kommunikation sollte einem sachlichen permanenten Verbesserungsprozess unterzogen werden.

**Wir bedanken uns jedenfalls bei unseren Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern für die gute Zusammenarbeit und den großen Zusammenhalt. Gerne stehen wir weiterhin für eure kommunalen Sorgen und Anliegen zur Verfügung.**

**Gemeinsam werden wir diese gesundheitliche Krise schaffen, die finanzielle Krise von den Gemeinden abwenden und mit einer sozial(demokratisch)en Handschrift in unseren Gemeinden Erfolg haben!**

Mit freundschaftlichen Grüßen



Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV



Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer GVV



Patrick Hafner, MA  
2. Landesgeschäftsführer GVV